

Bundesratswahl, Staatsfinanzen und CO₂ Abgabe

Was allgemein erwartet wurde, trat am 14. Juni ein. Doris Leuthard wurde als Nachfolgerin von Joseph Deiss in den Bundesrat gewählt und übernimmt von ihm auch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD).

Bundesratswahl ohne Spannung

Die Einerkandidatur der CVP führte im Vorfeld der Wahl zu Kritik aus links-grünen Kreisen. Diese waren es dann auch, welche Doris Leuthard zum Teil ihre Zustimmung verweigerten. Zugegeben, eine Zweierkandidatur hätte zu einem spannenderen Rennen um den neuen Bundesratssitz geführt. Doris Leuthard wäre – allenfalls nicht schon im ersten Wahlgang – gleichwohl Bundesrätin geworden. 133 von 243 abgegebenen Stimmen sind zwar kein Glanzresultat; doch, sie hat es geschafft, im ersten Wahlgang nota bene. Und das ist doch eher die Ausnahme und nicht die Regel bei Vakanzten in der Bundesregierung. Eine sonderbare Rolle spielten die Grünen. Sie, die sich rühmen, die Frauenförderung in der Politik am konsequentesten zu betreiben, erklärten Doris Leuthard als „nicht wählbar“. Den grünen Feministen sind scheinbar nur jene Frauen genehm, welche sich ihrer eigenen Ideologie verschrieben haben. Kaum vorstellbar, dass, ob solcher Vorbehalte gegenüber bürgerlicher Frauen der grüne Traum einer eigenen Bundesrätin in absehbarer Zeit Wirklichkeit wird.

Die Departementzuteilung

Schon zwei Tage nach der Wahl hat der Bundesrat die Departementzuteilung vorgenommen. Alles andere als die Uebernahme des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) durch die neu gewählte Bundesrätin hätte zu Rochade geführt und wäre eine Ueberraschung gewesen. Im EVD arbeiten ca. 2'000 Angestellte, die Hälfte allein im Bundesamt für Landwirtschaft (BLW). Die beiden anderen wichtigen Aemter sind das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco, früher bekannt unter dem Kürzel BIGA) und das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT). Das EVD hat ein Budget von gut 5 Milliarden Franken, wovon rund 3,5 Milliarden für die Landwirtschaft reserviert sind. Auf Doris Leuthard warten im Departement grosse Aufgaben. In der Landwirtschaft sind sowohl innen- wie aussenpolitischen Herausforderungen zu meistern. Die AP 2011 wird einen weiteren Strukturwandel mit sich ziehen. Die Gatt-WTO Abkommen bringen für unsere Agrarwirtschaft wohl mehr Nach- als Vorteile. Und nur schon die Idee über allfällige Freihandelsabkommen mit den USA oder der EU wird nicht nur in Landwirtschaftskreisen heftig kritisiert. Im gesamten Wirtschaftsbereich steht die Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips (länderübergreifende Ausschaltung technischer Handelshemmnisse) wohl ganz oben auf der Wunschliste der neuen Bundesrätin. Unter ihrem Vorgänger kam diese Angelegenheit nicht mehr so recht voran. Weiter sieht sich die Vorsteherin des EVD mit einer nach wie vor hohen Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert. Und schliesslich muss sie in ihrem Departement einen wesentlichen Teil der sog. Kohäsionsmilliarde finanzieren.

Staatsrechnung 2005

Bei Einnahmen und Ausgaben von je ca. 51 Milliarden Franken schliesst die Rechnung des Bundes mit einem Defizit von 121 Mio. Fr. ab. Budgetiert war ein Ausgabenüberschuss von 1,8 Milliarden. Zum besseren Abschluss haben Mehreinnahmen (+533 Mio. Fr.) auf Grund der ansteigenden Konjunktur und Minderausgaben (-1'144 Mio. Fr.) geführt. In der Rechnung nicht enthalten sind die ausserordentlichen Erträge aus dem Verkauf des überschüssigen Nationalbankgolds (7,04 Mia. Fr.) und der Verkaufserlös von Swisscom Aktien (1,35 Mia. Fr.). Nach wie vor braucht es grosse Anstrengungen, um den Bundeshaushalt im Lot zu behalten. Gefordert sind eine konsequente Ausgabendisziplin und eine systematische Ueberprüfung der Bundesaufgaben.

CO₂ Abgabe

Nachdem der Nationalrat in der Frühjahrssession die Einführung des sog. Klimarappens II auf Brennstoffe abgelehnt hatte, befasste sich die vorberatende Kommission erneut mit der Thematik. Zur Erinnerung: Das Kyoto-Protokoll verlangt von der Schweiz eine Reduktion ihres CO₂ Ausstosses um acht Prozent unter das Niveau von 1990. Die gesetzliche Grundlage liefert das CO₂ Gesetz, in Kraft seit 1. Mai 2000. Darin sind die Reduktionsziele für fossile Energieträger verankert. Der Bundesrat hat vor Jahresfrist eine Abgabe von 35 Franken pro Tonne CO₂ (entspricht ca. 9 Rappen pro Liter Heizöl) beschlossen. Der Beschluss bedarf allerdings der Genehmigung durch die Bundesversammlung. Diese tut sich auf Grund der inzwischen eingetretenen hohen Verteuerung am Markt mit dem Beschluss des Bundesrates schwer. Die Abgabe ist umstrittener denn je.

In einer intensiv geführten Debatte einigte sich die Ratsmehrheit schliesslich auf eine gestaffelte, dreistufige Einführung. Die Grundlage dazu ist der sog. Absenkpfad. Er bildet den Kataster für die effektive Zielerreichung der Vorgaben aus dem Kyoto-Protokoll. Eine Minderheit des Nationalrats hätte die Einführung an die Preisentwicklung des Ölmarktes und nicht wie jetzt beschlossen, an den Absenkpfad binden wollen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Es ist absehbar, dass dieser noch Differenzen zum Nationalrat schafft. Damit wird die Einführung der CO₂ Abgabe auf Brennstoffe nicht vor 2007 erfolgen. Auf die Treibstoffe ist bekanntlich der sog. Klimarappen bereits seit einem Jahr eingeführt.

Herbstsession in Flims (GR)

Im Jahre 1993 hat das Parlament in Genf und 2001 in Lugano getagt. Der Umbau des Bundeshauses wird nun zum Anlass genommen, um erstmals in der Geschichte der Eidgenossenschaft der rätoromanischen Schweiz einen Besuch abzustatten. Vom 18. September bis 6. Oktober findet die Herbstsession im Bündnerland statt und Flims bekommt für drei Wochen den Status der „Ersatzbundeshauptstadt“.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos